

Bischof Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz

**Erklärung zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und
Vernichtungslagers Auschwitz „Auschwitz darf sich nicht
wiederholen“ vom 24. Januar 2025**

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Bischof Dr. Georg Bätzing nahm den 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 zum Anlass einer Erklärung „Auschwitz darf sich nicht wiederholen“. Darin erinnerte er an den Beginn des Konzentrationslagers Auschwitz 1940, das der Absicht dienen sollte, Angehörige der polnischen Intelligenz zu internieren. Der Kreis der dort Internierten erweiterte sich bald. Es wurden sowjetische Kriegsgefangene wie auch Sinti und Roma und Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle in Haft genommen. Bischof Bätzing betonte, dass die meisten der dort Ermordeten jedoch jüdische Menschen waren. So wurde Auschwitz mit dem angeschlossenen Lager Birkenau zum größten Lager der Vernichtung menschlichen Lebens. Bischof Bätzing wies darauf hin, dass in Teilen der Öffentlichkeit die Erinnerung an Auschwitz verblasst und zugleich Minderheiten und Andersdenkende mit Äußerungen der Verachtung konfrontiert sind. So bleibt das Wachhalten der Erinnerung an Auschwitz eine Aufgabe.

Keywords: Erinnerungskultur; Antisemitismus; Bekämpfung; Schoah

1940 errichtet, um die polnische Intelligenz zu internieren, entwickelte sich das Konzentrationslager Auschwitz mit dem ihm angeschlossenen Lager Birkenau zum größten NS-Vernichtungslager, in dem über eine Million Menschen zu Tode gebracht wurden, darunter Polen, sowjetische Kriegsgefangene, Sinti und Roma, Kommunisten, Menschen mit Beeinträchtigungen und Homosexuelle. Die meisten der Ermordeten waren jüdische Menschen. Auschwitz ist daher zum Synonym für die Shoah geworden, die systematische Verfolgung und industrielle Ermordung der Juden in den von den Deutschen besetzten Ländern Europas. Die Berichte der Überlebenden beschreiben ein Universum des Todes, in dem die Inhaftierten aller Rechte beraubt, der Willkür der Wachmannschaften ausgeliefert waren und ihrem Leben jeder Wert und alle Würde genommen wurde.

Die Erinnerung an Auschwitz und die moralische Verpflichtung, dass Auschwitz sich nicht wiederholen darf, prägen die politische Kultur Deutschlands und Europas. Sie sind eingeflossen in die rechtsstaatliche Demokratie, die die Würde und die Rechte des Menschen zur Grundlage allen politischen Handelns macht, und in eine internationale Ordnung, die, so unvollkommen sie sein mag, das Handeln der Staaten an rechtliche Grundsätze bindet und Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu verhindern und zu ahnden sucht.

Mit Erschrecken müssen wir feststellen, dass sich in den vergangenen Jahren politische Bewegungen und Parteien gesellschaftlich etablieren konnten, die die rechtsstaatlichen Grundlagen der Demokratie und das internationale Recht offensiv in

Frage stellen und dort, wo sie regieren, nicht selten demonstrativ missachten. In Teilen der Öffentlichkeit und der sozialen Medien ist die Erinnerung an Auschwitz verblasst, herrscht eine Rhetorik der Verachtung gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden, werden bewusst Falschinformationen und Lügen verbreitet.

Dieser Entwicklung dürfen wir nicht widerspruchs- und tatenlos zusehen. Die rechtsstaatliche Demokratie beruht auf einer politischen Kultur, die den Respekt vor dem anderen, die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge, von Recht und Unrecht pflegt. Es bleibt unsere Aufgabe, die Erinnerung an Auschwitz wachzuhalten. Wo über Minderheiten oder Schwache im Ton der Verachtung gesprochen wird, ist unser deutlich hörbarer Widerspruch gefordert. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gleichheit der Menschen infrage gestellt wird.

Es ist zutiefst beschämend, dass auch 80 Jahre nach Auschwitz Jüdinnen und Juden unter antisemitischen Vorurteilen und Angriffen leiden müssen. Nach dem 7. Oktober 2023 hat der Antisemitismus sogar deutlich zugenommen. Der staatliche Schutz jüdischer Einrichtungen ist notwendig. Doch wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass jüdisches Leben nur unter Polizeischutz stattfinden kann. Der Kampf gegen Antisemitismus ist Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen im Alltag den dumpfen Vorurteilen widersprechen und mit Zivilcourage denen beistehen, die verbal oder physisch angegriffen werden. Angriffe auf Jüdinnen und Juden sind auch Angriffe auf unsere Demokratie. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass der Hass sich oft zunächst gegen Juden und bald auch gegen andere richtet. Es braucht die Erinnerungskultur an Auschwitz und an die gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu Auschwitz geführt haben. Diese Erinnerung verbindet und trägt zur Heilung bei. Sie ist zugleich eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Quelle:

<https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/auschwitz-darf-sich-nicht-wiederholen>
(2025-03).